

## Trumps Neuausrichtung am Golf ist ein diplomatischer Albtraum für Israel

***Trumps Umarmung der Golfmonarchien gegenüber seinem traditionellen israelischen Verbündeten markiert eine seismische Neuordnung der US-Macht in Westasien.***

19. Mai 2025 | Giorgio Cafiero

Der viertägige Besuch von US-Präsident Donald Trump am [Persischen Golf](#) in diesem Monat unterstrich die zentrale Bedeutung der Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC) für den Plan seiner Regierung, die wirtschaftliche Expansion mit der Außenpolitik zu verknüpfen – eine Strategie, die auf Geschäftsabschlüssen und nicht auf ständigen Konflikten beruht.

Während seiner Besuche in [Saudi-Arabien](#), Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterzeichnete Trump umfangreiche Verträge, die [laut Weißem Haus](#) dazu beitragen werden, ein „neues Goldenes Zeitalter“ für Amerika einzuleiten.

In drei der einflussreichsten Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) sicherte sich Trump Zusagen für umfangreiche Investitionen in die US-Wirtschaft: Riad sagte [600 Milliarden Dollar](#) zu, Doha [243,5 Milliarden Dollar](#) und Abu Dhabi [1,4 Billionen Dollar](#) im nächsten Jahrzehnt.

Diese Schlagzeilen mögen durchaus ehrgeizig sein. Die anhaltend niedrigen Ölpreise lassen [Zweifel](#) daran aufkommen, dass der Golf-Kooperationsrat in der Lage ist, seine Zusagen vollständig einzuhalten. Aber die Symbolik ist stark. Selbst wenn nur ein Bruchteil dieser Zusagen in die Tat umgesetzt wird, sind die Auswirkungen beträchtlich, insbesondere in Sektoren wie Künstliche Intelligenz (KI) und Verteidigung, in denen das Kapital der Golfstaaten zunehmend mit den Interessen der USA verflochten ist.

### **Eine diplomatische Rekalibrierung**

Über den Handel hinaus hatte Trumps Reise auch ein erhebliches geopolitisches Gewicht und sagte viel über die Effektivität der saudischen, katarischen und emiratischen Staatskunst aus. Bei seinen Treffen mit führenden Vertretern der arabischen Golfstaaten sprach er wichtige regionale und globale Themen an und hob die wachsende Rolle der GCC-Mitglieder in der Diplomatie, der Vermittlung und dem Krisenmanagement hervor.

Entscheidend war, dass Washington bei seinem Besuch eine versöhnlichere Sprache gegenüber dem Iran anschlug. Im Gegensatz zu Trumps aufrührerischer Rede in Riad 2017 betonte der Präsident diesmal die Diplomatie und nicht die Konfrontation bei der Lösung des Atomstreits zwischen den USA und dem Iran. Aus dem Weißen Haus war im Vorfeld der Reise zu vernehmen, dass die Golfstaaten einen destabilisierenden Krieg mit dem Iran an ihren Grenzen vermeiden wollen.

Bei den [Gesprächsrunden](#) in Maskat und Rom unter omanischer Schirmherrschaft haben Trumps regionaler Gesandter Steve Witkoff, der iranische Außenminister Abbas Araghchi und ihre jeweiligen Delegationen bemerkenswerte Fortschritte erzielt. In den arabischen Hauptstädten des Persi-

schen Golfs findet dieser diplomatische Ansatz zur Lösung des Streits um das iranische Atomprogramm breite Unterstützung.

Diese Unterstützung ist weitgehend auf die Befürchtung der GCC-Staaten zurückzuführen, in einen regionalen Krieg verwickelt zu werden, wenn die Diplomatie scheitert. Am 15. Mai erklärte der saudische Außenminister Prinz Faisal bin Farhan öffentlich die „volle Unterstützung“ Riads für die Gespräche.

Die vielleicht verblüffendste diplomatische Wendung kam, als Trump, flankiert vom saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman (MbS) und per Telefon mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan verbunden, den selbst ernannten syrischen Interimspräsidenten Ahmad al-Sharaa traf und eine weitreichende [Aufhebung der US-Sanktionen](#) gegen Damaskus ankündigte. Der Schritt [überraschte](#) sogar viele von Trumps eigenen Regierungsvertretern.

Das Treffen war die erste direkte Begegnung zwischen den Präsidenten der USA und Syriens, seit Bill Clinton im Jahr 2000 Hafez al-Assad in der Schweiz zu Gesprächen über eine israelisch-syrische Normalisierung [traf](#).

Das Treffen zwischen Trump und Sharaa war ein großer diplomatischer Erfolg für Ankara und die Hauptstädte der Golfstaaten, die sich für die Aufhebung der Sanktionen und die Legitimierung von Sharaas Hayat Tahrir al-Sham (HTS)-geführter Regierung eingesetzt hatten. Von Beginn seiner Herrschaft im Dezember 2024 an legte Sharaa großen Wert auf die Beziehungen zum Golf-Kooperationsrat (GCC), da er in ihnen den Schlüssel zur Öffnung gegenüber Washington sah. Die Aufhebung der Sanktionen spiegelt somit nicht nur eine Verschiebung im Kalkül der USA wider, sondern auch die Macht des Einflusses der Golfstaaten bei der Steuerung der Syrien-Politik Washingtons.

Dennoch bleiben wichtige Fragen offen. Was wird Trump von Damaskus im Gegenzug für die Aufhebung der Sanktionen und andere Schritte zur Legitimierung der neuen syrischen Regierung verlangen? Das deutlichste Zeichen der Absicht liegt in den stillen Bemühungen des Weißen Hauses und der US-Gesetzgeber, Syrien zu einem Beitritt zum Abraham-Abkommen zu bewegen – eine seismische Veränderung, die Syriens historische Ausrichtung auf den Kopf stellen, möglicherweise seinen Anspruch auf die von Israel besetzten Golanhöhen gefährden und die interne Instabilität gegen die neuen Machthaber in Damaskus anheizen würde.

Ebenso unklar ist, ob eine solche Normalisierung die routinemäßigen Angriffe des israelischen Militärs auf syrisches Gebiet einschränken würde. Ein umfassender Frieden würde vermutlich voraussetzen, dass Tel Aviv seine destabilisierende Kampagne zur Spaltung Syriens einstellt. Aber würde Israel wirklich seine jahrzehntelange Strategie der Zermürbung aufgeben, selbst im Austausch für einen formellen Frieden?

### **Eine regionale Machtverschiebung**

Tel Aviv hat Grund, verunsichert zu sein. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat sich Berichten zufolge dafür eingesetzt, dass Trump Israel als Zwischenstopp auf seiner Reise einplant. Das Weiße Haus lehnte ab. Analysten werten dies als ein weiteres Zeichen für die Bereitschaft von Trump 2.0, die israelischen Präferenzen zu übergehen.

Allerdings hat Trump nun zu Protokoll gegeben, dass er von Netanjahu „frustriert“ sei und behauptet, der gesuchte Kriegsverbrecher befinde sich in „einer schwierigen Situation“.

Trump hat das amerikanisch-israelische Bündnis zwar nicht aufgegeben, aber seine zweite Amtszeit markiert eine scharfe Wende. Maßnahmen wie die Entlassung des Nationalen Sicherheitsberaters Michael Waltz, das direkte Engagement für die Hamas, die Deeskalation mit der Ansarallah-geführten jemenitischen Regierung und die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien spiegeln alle eine größere Abweichung von den Prioritäten Tel Avivs und seiner Lobbynetzwerke in Washington wider.

Dennoch bleibt der Gazastreifen der einzige Schauplatz, an dem sich Trump weitgehend Israel untergeordnet hat. Seit Netanjahu den Waffenstillstand im März gebrochen hat, hat Trumps Regierung nur rhetorische Ermahnungen ausgesprochen. Die Hauptstädte der Golfstaaten, die sich der Auswirkungen des Gazastreifens auf die regionale Stabilität bewusst sind, haben auf einen entschiedeneren Druck der USA gedrängt. Trumps jüngste Umbenennung des Gazastreifens von der „Riviera des Nahen Ostens“ in eine „Freiheitszone“ deutet auf eine mildere Haltung hin, doch konkrete politische Veränderungen sind weiterhin schwer vorstellbar.

### **Tel Aviv auf dem Rückzug**

Insgesamt ist es verfrüht zu erklären, dass Trump Israel durch die Monarchien am Persischen Golf als Washingtons wichtigste regionale Partner ersetzt hat. Aber die Einflussachse ist ins Wanken geraten.

In Syrien, Iran und Jemen spiegeln die Positionen der Trump-Administration zunehmend die Perspektiven der Golfstaaten wider. In Gaza und im Libanon bleibt die Ausrichtung auf Israel bestehen – vorerst.

Klar ist, dass die alten Gewissheiten auf den Kopf gestellt wurden. Für Netanjahu, der einst die US-Politik instrumentalisierte, um den Präsidenten zum Handeln zu zwingen, ist Trumps neu kalibrierte regionale Vision ein wahr gewordener Albtraum.

Israel, lange Zeit mythologisiert als „unverzichtbarer Verbündeter“ der USA, wird heute eher als Belastung denn als Partner behandelt. Diese Wahrnehmung ist in Washington zwar nicht ganz neu, doch der Unterschied besteht darin, dass ein Präsident nun weit weniger geneigt ist als seine Vorgänger, den Forderungen Tel Avivs Priorität einzuräumen.